



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 14.06.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Die italienische Küstenwache rettet 1300 Menschen im Mittelmeer.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-italienische-kuestenwache-rettet-1300-menschen-aus-seenot-a-1097127.html> (11.06.16)
- Nach der Evakuierung der Zeltstädte Geflüchteter in Idomeni, Griechenland, brechen einige der Menschen nun wieder in Richtung Syrien auf. Der Weg führt wieder über die Türkei, die keine Chance auf legale Durchreise in die umgekehrte Richtung zulässt. In der Folge setzen die Geflüchteten über den Fluss Evros über, auch mit der Hilfe von Schleppern.
<http://www.welt.de/politik/ausland/article156177607/Syrer-bezahlen-Schleuser-fuer-Rueckkehr-nach-Hause.html> (13.06.16)
- Bereits im Jahr 2014 vereinbarte die EU mit verschiedenen afrikanischen Ländern die sogenannten Khartum-Abkommen. Deren Ziel ist es, Fluchtbewegungen aus eben diesen Ländern Afrikas zu unterbinden. Dass einige der Abkommen mit Regierungen geschlossen werden sollen, deren Agieren gegen die eigene Bevölkerung gerade ein Fluchtgrund ist, spielt dabei keine Rolle. Nun berichtet *SPON*, dass die EU-Mitgliedsstaaten bis 2020 den ausgewählten Regierungen Afrikas weitere acht Milliarden Euro zukommen lassen wollen. Auch der Libanon und Jordanien stehen auf der Liste. Ziel ist es, „die *Widerstandskraft* der Länder gegen Migration zu stärken und die *illegalen Migrantenströme zu organisieren, einschließlich Rückkehr und Rückführung.*“ (*SPON*) Vorbild für die Ausweitung der Abkommen soll der Deal zwischen Türkei und EU sein.
Das *Handelsblatt* schreibt, die EU plane, bei mangelnder Kooperation der betreffenden Staaten, Druck auszuüben. Vor allem auf den Feldern der Entwicklungspolitik und der Handelsbeziehungen solle es dann zu Konsequenzen kommen.
Unter den Ländern, mit denen solche Vereinbarungen getroffen werden, findet sich auch Eritrea. Die Bevölkerung dort wird massiv von der Regierung terrorisiert. Ein 20-jähriger aus Eritrea berichtete dem *Deutschlandfunk* schon im Juli 2015, dass die Einzelne drei Optionen in dem Land habe: Arbeitsklav*in der Regierung werden, Gefängnis oder Flucht. NGOs, Journalist*innen und Organisationen der UN haben keinen Zugang in das Land.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kooperation-mit-afrika-gegen-fluechtlinge-fragwuerdige-freunde-a-1096544.html> (10.06.16)
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-bruessel-droht-allen-unkooperativen-partnern/13697836.html> (07.06.16)
http://www.deutschlandfunk.de/eu-fluechtlingspolitik-ein-pakt-mit-despoten.1773.de.html?dram:article_id=326227 (23.07.15)

- Auf ihrer Vollversammlung sprechen sich die polnischen Bischöfe für die Aufnahme von Geflüchteten aus. Pfarreien und Familien sollen die Menschen aufnehmen. Es ist nicht bekannt, inwieweit der Vorstoß mit der nationalistischen Regierung Polens abgestimmt ist.
http://www.deutschlandfunk.de/eine-frage-des-gewissens-kirche-in-polen-will-fluechtlinge.1773.de.html?dram:article_id=356899 (11.06.16)

Bund, Land, Kommune

- Der Anteil der geflüchteten Menschen aus Syrien, denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anstelle des Flüchtlingsstatus gemäß Genfer Konvention lediglich den subsidiären Schutz zuspricht, steigt – von 62 Menschen im Jahr 2015 auf knapp 9000 bereits dieses Jahr. Im vergangenen Jahr beschloss die Bundesregierung, den Familiennachzug für Geflüchtete mit subsidiären Schutz für zwei Jahre auszusetzen. ProAsyl sieht hier die Aussetzung des Familiennachzugs durch die Hintertür. Der *SZ* liegt eine Prognose des BAMF zum Familiennachzug aus Syrien vor. Die Prognose wurde zum Jahresende 2015 erstellt. Die Behörde rechnet mit etwa 500.000 Menschen, die durch den Familiennachzug aus Syrien nach Deutschland kommen werden. Der Nachzug wird sich über Jahre hinziehen.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/asylverfahren-behoerden-aendern-regeln-fuer-syrer/13722652.html> (12.06.16)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/prognose-des-bundesamts-fuer-migration-hunderttausende-fluechtlinge-holen-verwandte-nach-1.3023869> (07.06.16)
- Am Freitag wird der Bundesrat über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten abstimmen. Die Union baut Druck auf die Grünen auf, zuzustimmen. Baden-Württemberg, geführt von einer Koalition aus Grünen und CDU, hat noch keine Entscheidung getroffen. Innerhalb der Partei der Grünen ist eine Grundsatzdebatte ausgebrochen. Nach Informationen der *FAZ* verhandeln Vertreter*innen von Landesregierungen mit grüner Beteiligung mit der Bundesregierung um einen Kompromiss.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-eine-frage-der-verantwortung-1.3028607> (10.06.16)
<http://www.faz.net/aktuell/politik/sichere-herkunftsstaaten-die-gruenen-zoegern-bis-zur-letzten-minute-14286426.html> (14.06.16)
- Amnesty International wirft den deutschen Strafverfolgungsbehörden vor, rassistische Motivation bei Gewalt gegen Menschen auszublenden und ungenügend zu verfolgen – immerhin fünf Jahre nach dem aufgefliegenen Staatsversagen um die Terrororganisation NSU. Die nun recherchierten Berichte von Geflüchteten sowie die Aussagen von Beamt*innen und von die Asylsuchenden Unterstützenden seien deutliche Hinweise auf institutionellen Rassismus bei Polizei und Justiz.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/angriffe-auf-fluechtlinge-amnesty-wirft-behoerden-versagen-gegen-rassismus-vor/13709698.html> (09.06.16)
- Andrea Nahles, Sozialdemokratin und Bundesarbeitsministerin, will die 1,05€-Jobs für Geflüchtete noch schlechter bezahlen und auf einen Lohn von 80 Cent die Stunde senken. Schließlich entstünden den Menschen, die in den Unterkünften arbeiten, keine Mehrausgaben.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/integrationsgesetz-nahles-plant-80-cent-jobs-fuer-fluechtlinge/13715804.html> (10.06.16)
- Asylsuchende verklagen zunehmend das BAMF wegen Untätigkeit. Sie hätten keine Gewissheit über ihre laufenden Asylverfahren. Die Linke wirft dem Bund Staatsversagen vor. Das Bundesinnenministerium gab für den Februar eine durchschnittliche Bearbeitungszeit für Asylverfahren von 5,8 Monaten an.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-mehr-fluechtlinge-verklagen-das-bamf-wegen->

[untaetigkeit-1.3029220](#) (11.06.16)

- Der Artikel erschien zwar schon am 01.06., nichtsdestotrotz offenbart auch der Fall der Familie D., von dem die *Leipziger Internetzeitung* hier berichtet, die aktuelle und brutale Abschiebep Praxis Sachsens. Wie im Fall der Familie Bekir/ Kamberovik wurde auch hier eine Familie getrennt. Dass die Trennungen von Familien forciert werden und durchaus beabsichtigt sind, zeigt die Aussage von Frank Kupfer, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, getätigt bereits im August letzten Jahres. Es zeigt sich der Widerspruch zur Aussage der Landesdirektion Sachsen, siehe Artikel der *Sächsischen Zeitung*, Pressespiegel vergangener Woche.
<http://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2016/06/zentrale-auslaenderbehoerde-sachsen-verstoest-gegen-grundgesetz-und-verletzt-mehrfach-un-kinderrechtskonvention-139999> (01.06.16)
- Die Staatsanwaltschaft Chemnitz stellt die Ermittlungen gegen zwei Beamte der Polizei ein, die in Claußnitz Mitte Februar mit beteiligt waren.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-sachsen-clausnitz-verfahren-gegen-polizisten-eingestellt/13699832.html> (08.06.16)
- Die Polizei hat acht Bewohner der in der vergangenen Woche in Düsseldorf ausgebrannten Geflüchtetenunterkunft wegen des Verdachts auf Brandstiftung festgenommen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/duesseldorf-brand-fluechtlingsunterkunft-streit-ramadan> (08.06.16)
- Vom Freitag ein Bericht im Vorfeld über die am vergangenen Wochenende in Leipzig stattgefundenene Welcome2Stay-Konferenz vom *MDR*. Im Nachgang dann der Artikel vom *neuen deutschland* vom Sonntag.
http://www.mdr.de/sachsen/welcometostay-kongress-leipzig100_zc-ecc53a13_zs-570f6b3d.html (10.06.16)
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1014972.welcome-stay-gipfeltreffen-der-fluechtlingspolitik.html> (12.06.16)

Hintergrund und Meinung

- Der Nationalismus in Europa kehrt aggressiv zurück. In der Rubrik „Aus den Feuilletons“ gibt *Deutschlandradio Kultur* die Analysen aus verschiedenen Medien zu dem Thema wieder.
http://www.deutschlandradiokultur.de/aus-den-feuilletons-historische-mythen-und-nationales.1059.de.html?dram:article_id=356622 (08.06.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe